



# ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Juni  
2026**

**Die etwas andere Meinung**

**Guten Tag!**

Deutschland ist die stärkste Industrienation innerhalb der EU und damit Produktionsstandort und Wirtschaftsmacht. Hier werden Warenwerte hergestellt und Profite erwirtschaftet. Alles sehr gute Voraussetzungen um allen Menschen ein gutes Auskommen zu ermöglichen und das Staats- und Sozialwesen in Schuss zu halten. Unter diesen Bedingungen müsste es uns unter allen EU-Staaten am Besten gehen.

Ein genauer Blick auf unsere Verhältnisse zeigt uns leider das Gegenteil!

Gerade hat eine UNICEF-Studie zum kindlichen Wohlbefinden offenbart, dass Deutschland unter 37 untersuchten Ländern wegen hoher Kinderarmut und miserablen Bildungsniveau auf Platz 25 liegt. Die Niederlande, Dänemark und Frankreich belegen die ersten drei Plätze. Noch auf dem Katholikentag in Würzburg Mitte Mai behauptete Kanzler Friedrich Merz, nur wenige Länder böten jungen Menschen so gute Zukunftschancen wie Deutschland. Man fragt sich auf welchem Stern lebt der Mann?

Kein Geld für uns?  
**WO BLEIBEN  
DIE MILLIARDEN?**



**DIE** DIE NIEDER KRIEGE  
**WAFFEN**  
**NIEDER**

Weitere Orte, wo Investitionen besser  
wären, als bei der Bundeswehr:  
[www.nie-wieder-krieg.org](http://www.nie-wieder-krieg.org)

Sind es nur die Kinder, die im Vergleich schlecht dastehen? Nein!  
Durch alle Altersgruppen von den Kindern bis zu den greisen Rentnern hinken wir im europäischen Vergleich hinterher.

Unsere Regierung samt Bundeskanzler zeigen sich als unfähige Akteure, deren Zustimmungswerte bisherige Tiefstwerte unterschreiten. Dessen bewusst, soll es in der Sommerpause einen Reform-Wurf geben. Davor kann man jetzt schon Angst bekommen, denn vorherrschend soll der Rotstift benutzt und der Sozialstaat zusammengestrichen werden.

Verstand man früher unter „Reformen“ in der Regel eine Verbesserung von Verhältnissen und Abläufen, so stehen heute Kürzungen und Streichungen bevor.

Die Merz-Regierung als Vertreter der Kapitalistenklasse macht in ihren Ankündigungen deutlich, wer die Zeche bezahlen soll.

So will Bundesgesundheitsministerin Nina Warken bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ein 15 Milliarden Euro-Defizit schließen. "Wir können schlicht nicht mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen", sagte sie.

Dieses Argument spielt bei den Ausgaben für die Militarisierung Deutschlands und bei der Finanzierung der Ukraine leider keine Rolle. Lagen die Militärausgaben 2022 bei 56,2 Mrd. Euro, so sind es 2026 schon 86 Mrd. Euro und werden weiter steigen.

Auf der offiziellen Seite der Bundesregierung steht:

„Die Bundesregierung hat seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24.02.2022 bilaterale zivile Unterstützung für die Ukraine in Höhe von rund 41 Milliarden Euro geleistet und militärische Unterstützung in Höhe von circa 55,5 Milliarden Euro geleistet beziehungsweise für die kommenden Jahre bereitgestellt“.

Uns wird erzählt es sei kein Geld da. Na, vielen Dank!



R. Weber

## **Wohnungsnot überall**

Alle Regierungen haben in den letzten Jahren den Neubau von Sozialwohnungen versprochen. Locker wurden 400 000 Wohnungen pro Jahr vorausgesagt. Aber es passiert kaum etwas. Im Odenwald vergibt man an sozial Bedürftige, Migranten, Flüchtlinge Wohnungen in Altbauten. In kleinen Wohnungen werden Familien eingepfercht.

Baugrundstücke werden zu Preisen angeboten, die sich immer weniger leisten können. Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser sind oft schön renoviert, aber nicht mehr bezahlbar. Da sollte man nur mal die Angebote der Maklerbüros betrachten. Viele Wohnblocks haben ihren Status als Sozialwohnungen verloren (nach 20 Jahren).

Oft werden Häuser an die neuen Generationen vererbt, die gar nicht mehr im Odenwald wohnen. Da ist kein Interesse, sich um neue Mieter zu kümmern, um in Renovierungen zu investieren usw. Also bleiben sie leer stehen und verkommen langsam. In jeder Ortschaft kann man sie stehen sehen. Verständnis unserer Regierung in der Wohnungsfrage findet man an Stellen wo man es nicht vermutet hätte. 233 Millionen Euro hat sie im Rahmen ihrer „strategischen Partnerschaft mit der Ukraine“ bereitgestellt, um dort Projekte des sozialen Wohnungsbaus zu fördern. Wer hier seine Miete nicht mehr zahlen kann, dem rufen Merz und Co. zu: „Der Markt regelt`s. Zieh doch in die Ukraine!“

Peter Bosse

## **Kritik an Israel ist kein Antisemitismus**

Wer ernsthaft gegen Antisemitismus vorgehen möchte, muss unterscheiden zwischen dem verbrecherischen Vorgehen der israelischen Regierung und dem Judentum. Genau das passiert nicht.

Die Verbrechen des Holocaust werden in der offiziellen deutschen Politik instrumentalisiert, um jeglicher Kritik an den Verbrechen der Netanjahu Regierung das Etikett „Antisemitismus“ zu verpassen. Ziel ist es, die Kritiker des Völkermords an den Palästinensern mundtot zu machen. Unsere Regierung verschließt vor diesem Genozid die Augen.



Schließlich möchte man weiter Waffen dorthin liefern. Die derzeitigen Sachwalter des Staates Israel sollen als Hüter „westlicher Werte“ die „Drecksarbeit“ in der Region verrichten. Das ist der wahre Hintergrund einer immer deutlicher werdenden Doppelmoral.

So verwundert es nicht, dass selbst jüdische Organisationen wie „Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.“ in das Fadenkreuz deutscher Verfassungsschützer geraten.

Die fatale Gleichsetzung von Judentum mit der israelischen Regierung die Menschenrechte mit Füßen tritt, verstärkt die Gefahr, dass Menschen dies undifferenziert übernehmen und somit einer neuen Form von Antisemitismus ein Nährboden bereitet wird.

Setzen wir uns dafür ein, dass gesagt werden darf was wahr ist und dass Opfer einer verbrecherischen Regierung ihre Opfer auch beklagen dürfen. Damit leisten wir einen echten Beitrag für ein friedliches Zusammenleben von Menschen, auch unterschiedlicher Glaubensrichtungen.

G. Janske

»Zu sagen was ist,  
bleibt die  
revolutionärste Tat.«  
Rosa Luxemburg



# unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) / [www.uzshop.de](http://www.uzshop.de)

**JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!**

Das Abo ist gratis und endet automatisch  
E-Mail: [abo@unsere-zeit.de](mailto:abo@unsere-zeit.de)  
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

***Spenden sind herzlich willkommen!***

***DKP Darmstadt***

***Stichwort „ODENWALDKURIER“***

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

***V.i.S.d.P.: Robert Weber, Kohlgrube 72, 64720 Michelstadt***

*E-Mail [weberobinfo@gmx.de](mailto:weberobinfo@gmx.de)*